

Kirchlich-Gewerkschaftliche Initiative Bayern

www.wertewandel-jetzt.de

Erklärung

Die Krise ist nicht vorbei

Die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise erschüttern die Welt. Längst haben sie die Welt der Finanzmärkte verlassen und sind in der Lebens- und Arbeitswelt von Männern,

Frauen und Kindern angekommen. Während die Banker der größten Finanzinstitute schon wieder Rekord-Bonifikationen kassieren, steigt die Zahl der hungernden Menschen auf der Welt dramatisch

an. Auch in Deutschland wächst die Armut. Sozialkassen und Kommunalhaushalte geraten immer tiefer ins Defizit. Die Folgen tragen wir alle, vor allem aber die Armen.

Die Chance der Krise, nämlich ihre strukturellen Ursachen zu erkennen und zu verändern, verstreicht ungenutzt. Im Gegenteil: Genutzt wird die Krise zur Fortsetzung der bisherigen Politik des freien Marktes - entgegen aller Erfahrung und Vernunft.

Die Kirchlich-Gewerkschaftliche Initiative Bayern ruft deshalb zur Umkehr auf.

Die Krise ist nicht vom Himmel gefallen

Die Krise ist das Ergebnis der neoliberalen Wirtschaftstheorie, die auch in unserem Land großen Einfluss auf die Politik gewonnen hat. Im Kern dieser Wirtschaftsphilosophie steht die Auffassung, dass nichts effizienter sei als der Markt. Er allein

führe zum Wohlstand für alle. Eingriffe des Staates seien zu unterlassen. Manche haben das fast wie eine Heilsbotschaft vertreten. In diesem Glauben wurde Politik gestaltet.

Die Deregulierung der Finanzmärkte, völlige Freizügigkeit für globale Waren- und Geldströme, steuerliche Entlastung von Unternehmen und Vermögenden sowie die Ausweitung schlecht entlohnter, befristeter und unsicherer Arbeitsverhältnisse sind Ausdruck des neoliberalen Konzepts. Die Wirtschafts-

und Finanzkrise hat überdeutlich gezeigt: Dieses Konzept ist grandios gescheitert. **Der Markt braucht Regeln. Die Menschen müssen wieder**

in den Mittelpunkt politischen Handelns gerückt werden. Das sind wichtige Erkenntnisse aus der Krise.

„Die Wirtschaft hat menschlichen Bedürfnissen und gesellschaftlichen Zielen zu dienen. Vollbeschäftigung, Verteilungsgerechtigkeit und mehr Lebensqualität sind für die Gewerkschaften die wichtigsten Ziele ökonomischen Handelns. Sie sind untrennbar verbunden mit einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung, die qualitatives Wachstum und eine sozial gerechtere Weltwirtschaftsordnung umfaßt.“

(DGB Grundsatzprogramm)



Mit gemeinsamen Werten aus der Krise

Die neoliberale Glaubenslehre hat nicht nur Volkswirtschaften ruiniert, sondern auch die Grundwerte bis zur Unkenntlichkeit entstellt: Freiheit verkommt zur vermeintlichen Freiheit, Geld zu horten; Leistung misst man am Bankkonto, Gerechtigkeit ist nur noch das Ergebnis der Marktprozesse; und Solidarität verkehrt sich zur Interessenwahrung der Besitzenden. Deshalb fordern wir als Christinnen, Christen, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter einen Prozess des Umdenkens und der Rückbesinnung auf die Werte der christlichen Soziallehre und der Arbeiterbewegung.

Bitte wenden!



Wir folgen dem gemeinsamen Leitprinzip der Gerechtigkeit und Solidarität. Gerechte und solidarische Lebensverhältnisse gibt es erst dann, wenn dem Schwächsten die gleiche Würde zuerkannt wird wie dem Stärksten. Politik muss sich an dem ausrichten, „was die Schwachen betrifft, ihnen nützt und sie zu eigenverantwortlichem Handeln befähigt“ (Gemeinsames Wort der Kirchen von 1997). Freiheit ist nur möglich auf einem Fundament gleicher Lebenschancen und gerechter Verteilung der Güter. Und nur, was ökologisch und sozial nachhaltig ist, hat Zukunft.

Deshalb kann die Lehre aus der Krise nur lauten: Gemeinwohl vor Eigennutz, Arbeit vor Kapital, Nachhaltigkeit vor Raubbau.

■ Für eine andere Kultur der Wirtschaft und Politik

Gegen kurzatmiges Quartalsdenken setzen wir langfristiges, nachhaltiges und mitbestimmtes Wirtschaften. Gegen Arbeit als billige Manövriermasse setzen wir auf Verlässlichkeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Gegen die Konkurrenz um Billiglöhne zugunsten der Anteilseigner setzen wir auf Qualitätswettbewerb im Interesse aller. **Wer Arbeitsplätze vernichtet, darf nicht belohnt werden.**

Wer von Arbeitslosigkeit betroffen oder bedroht ist, braucht solidarische Unterstützung: Kurzarbeit statt Entlassung, Qualifizierung und Neuorientierung statt Perspektivlosigkeit. Öffentlich geförderte Arbeit zu fairen Bedingungen ist wichtig, reguläre, steuerfinanzierte Arbeitsplätze in der öffentlichen Daseinsvorsorge noch wichtiger. Arbeit für alle, von der Menschen auch leben können, muss das Ziel bleiben.

Steuergeschenke an Wohlhabende schaffen keine Arbeitsplätze, machen aber den Staat handlungsunfähig. Steuern sind keine Geschenke an den Staat, sondern Solidarbeiträge für gute Infrastruktur

und sozialen Ausgleich. **Die Verursacher und Vermögenden müssen ihren Teil der Krisenkosten übernehmen.** Die Politik muss die Illusion privatisierter Daseinsvorsorge aufgeben. Die solidarischen Systeme der sozialen Sicherung müssen gestärkt werden. Bildungschancen in Deutschland dürfen nicht länger vom Einkommen und der Bildung der Eltern abhängen. Wir brauchen eine Klimapolitik, die beides im Auge hat: das Überleben von Menschen und die Ökosysteme weltweit, ebenso wie Beschäftigung und Innovation hierzulande.

„Die ganze Wirtschaft und das ganze Finanzwesen – nicht nur einige ihrer Bereiche – müssen nach ethischen Maßstäben als Werkzeuge gebraucht werden, so dass sie angemessene Bedingungen für die Entwicklung des Menschen und der Völker schaffen.“

(Enzyklika Caritas in Veritate, Juli 2009)

■ Erste Schritte

Wir fordern: Kirchen und Gewerkschaften müssen **jetzt** gemeinsam und mit allen Kräften für konkrete Schritte eintreten, die aus der Krise führen und Zukunft eröffnen. Wir halten mindestens die folgenden sieben Punkte für zwingend geboten:

- Eine **Transaktionssteuer** muss spekulative Finanzgeschäfte bremsen und klare Regeln für Banken müssen die nächste Krise verhindern.
- Diejenigen, die an den Finanzblasen verdient haben, müssen auch die **Kosten tragen**.
- Ein **gesetzlicher Mindestlohn** muss dafür sorgen, dass Frauen und Männer von einem Vollzeitarbeitsplatz würdig leben und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.
- In die **solidarischen Versicherungssysteme** müssen alle Bürgerinnen und Bürger entsprechend ihrem gesamten Einkommen einzahlen.
- **Bildung** muss von der Kinderkrippe bis zur Hochschule **kostenfrei** sein.
- Landkreise, Städte und Gemeinden müssen die **Mittel für eine starke wirtschaftliche und kulturelle Infrastruktur** bekommen.
- Die **Grundsicherung** muss **erhöht** werden, und sie muss die Würde der Betroffenen wahren.

Wir laden alle, die Kirchen, Gewerkschaften und deren Grundwerten verbunden sind, ein, sich diesem Aufruf durch ihre Unterschrift anzuschließen.

Nürnberg, im April 2010

Kirchlich-Gewerkschaftliche Initiative Bayern

Verfasser/innen:

Matthias Jena (Vors. DGB Bayern), Stephan Doll (Vors. DGB Mittelfranken), Dr. Hans-Gerhard Koch (Pfr. i. R.), Thomas Engelhard (ehem. Geschäftsführer ver.di Mfr., Kirchenvorsteher, Mitgl. Dekanatsausschuss), Stefan Kern (Mitgl. d. Landessynode d. ELKB), Friedemann Preu (Pfr., stellv. Leiter kda Bayern), Dr. Siegfried Ecker (Vors. KAB-Bildungswerk Bamberg), Otto Semmler (ehem. Vizepräsident Bundesanstalt f. Arbeit), Dr. Manfred Böhm (Leiter Arbeitnehmerpastoral, Bamberg), Oswald Greim (Diözesansekretär Betriebsseelsorge Bamberg), Norbert Feulner (Sozialsekretär, kda Bayern), Hans-Jörg Schmid (Pfr. i.R., Neustadt/Aisch), Jürgen Endres (Gewerkschaftssekretär, ver.di Mfr.), Irene Gözl (Gewerkschaftssekretärin, ver.di Bayern), Dr. Rüdiger Kretschmann (Pfr. i.R.), Wolfgang Butz (Ev. Dekan, Nürnberg), Kurt Reinelt (Diakon, Betriebsseelsorger, Nürnberg), Martin Feder (DGB Mfr.)

Erstunterzeichner/innen:

Prof. em. Friedhelm Hengsbach SJ, Prof. Dr. Franz Segbers (Sozialethiker, Universität Marburg), Prof. Ulrich Duchrow (Heidelberg), Dominik Schirmer (Landesfachbereichsleiter ver.di Bayern), Dr. Roland Batz (Sozialpfarrer, Bistum Regensburg), Michael Bammessel (Ev. Stadtdekan Nürnberg, Mitgl. d. Landessynode u. Landessynodalausschuss d. ELKB), Hubertus Förster (Kath. Stadt- und Regionaldekan, Nürnberg), Roland Huth (geschäftsf. Dekan Nürnberg-Nord), Jörg Sichelstiel (Ev. Dekan, Fürth), Georg Dittrich (Kath. Dekan, Fürth), Peter Huschke (Ev. Dekan, Erlangen), Josef Dobeneck (Kath. Dekan, Erlangen), Richard Wittmann (Betriebsseelsorgereferent Bistum Regensburg), Christina Flauder (Mitgl. d. Landessynode und Landessynodalausschuss d. ELKB), Karl-Georg Haubelt (Mitgl. der Landessynode d. ELKB u. IG BAU), Bernhard Dausend (afa-Landesvorsitzender), Sonja Wittmann (Pfrin., Dekanatsbeauftragte kda, Postbauer-Heng), Martin Kleineidamm (Pfr., Sprecher Arbeitskreis Evang. Erneuerung), Peter Hartlaub (KAB-Diözesanpräses Würzburg, Sprecher Bundeskom. Betriebsseelsorge), Norbert Jungkunz (Pastoralreferent, Betriebsseelsorge Bamberg), Hannes Kreller (Geschäftsführer ACA Bayern), Charles Borg-Manche (KAB-Landespräses Bayern), Bärbel Kalb (Sprecherin AG MAVen in Kirche u. Diakonie, ver.di FB Kirchen), Johannes Neugebauer (Pfr. Diakonie Hochfranken, Hof), Gunther Barth (Pfr. z.A., Buxheim), Erwin Helmer (KAB Diözesanpräses Augsburg, Sprecher Kath. Betriebsseelsorge Bay.), Albert Müller (Pfr. u. Dekan, KAB-Diözesanpräses Bamberg), Andreas Schlechtweg (Pfr., Dekanatsbeauftragter kda, Hallstadt), Anne Salzbrenner (Pfrin., Dekanatsbeauftragte kda, Lichtenfels), Werner Enser (Vorstand AG MAV Bayern, ver.di)

Unterstützer/innen können sich eintragen unter www.wertewandel-jetzt.de

Impressum

Dr. Hans-Gerhard Koch | Sonnebergerstr. 10 | 90765 Fürth
Layout: Norbert Feulner | Fotos: Norbert Feulner, fotolia.com
Druck: Helmut Seubert Verlag, Nürnberg